

Deputation für Bildung
Sitzungsprotokoll der 26. Sitzung(staatlich)

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag 24. Juli 2014	Sitzungsbeginn 15:30 Uhr	Sitzungsende 16:45Uhr	Sitzungsort Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12
-------------------------------------	------------------------------------	---------------------------------	--

Teilnehmende:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|---|---------|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| TOP 2 | Genehmigung der des Protokolls der Sitzung vom 23.Mai 2014 und vom 26. Juni 2014 | |
| TOP 3 | Konzept einer Jugendberufsagentur im Land Bremen | L113/18 |
| TOP 4 | Verordnung zur Änderung der Außerkrafttretensregelungen in Ordnungsmitteln der Gymnasialen Oberstufe | L114/18 |
| TOP 5 | Konzept zu Datenschutz und –sicherheit im Zusammenhang mit der Einführung von WLAN an Bremer Schulen | L115/18 |
| TOP 6 | Projekt „Lernen vor Ort Bremen/Bremerhaven“ Sachstand und Ausblick zum Ende des Bundesprogramms | L116/18 |
| TOP 7 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung | L117/18 |
| TOP 8 | Verschiedenes und Berichte | |
| | <u>Bericht:</u> Fächerspezifisches Angebot durch die Referendaraus-
bildung des Landesinstituts für Schule im Vergleich zu den Abgängen
aus dem Schuldienst | |
| | <u>Bericht:</u> Auswirkungen der Bewirtschaftungsmaßnahmen nach § 41
LHO auf den Produktplan Bildung | |

Top 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 15.30 Uhr. Die Deputation für Bildung genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 23. Mai 2014 und vom 26. Juni 2014

Das Protokoll der 24. Sitzung vom 23. Mai 2014 wird ohne Ergänzungen oder Änderungen einstimmig genehmigt.

Das Protokoll der 25. Sitzung vom 26. Juni 2014 wird wie folgt geändert:

Auf Seite 5 wird das Wort „nun“ in der in indirekter Rede wiedergegebenen Ausführung der Deputierten Kristina Vogt (DIE LINKE.) gestrichen.

Das Protokoll wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 3 Konzept einer Jugendberufsagentur im Land Bremen L113/18

Herr Dr. vom Bruch merkt an, dass die in der Vorlage beschriebene Zielsetzung auf wenig Widerspruch stoßen werde. Es sei ihm nicht klar, wann mit der Arbeit begonnen werde und wie es in der Praxis weitergehen solle, da die jetzige Situation aus seiner Sicht enttäuschend sei. Die Frage, wer die Federführung bei diesem Projekt habe, sei weiterhin offen und allgemein stelle sich die Frage, wie das zukünftige Vorgehen von statten gehen solle. Außerdem sei die Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen erst eingeleitet worden und noch nicht zum Abschluss gekommen.

Frau Vogt findet die Analyse sehr ausführlich, wünscht sich jedoch eine bessere Erfassung der Jugendlichen. Ihr sei unklar, ob es eine Verschlankung des Übergangssystems gebe, wenn die dezentralen Beratungen entfielen. Außerdem bittet sie um eine Auskunft über die Anzahl der Ausbildungsplätze, die zur Verfügung stehen und erkundigt sich zudem, ob sich Herr Westkamp bereits positiv zum Konzept geäußert habe.

Frau Böschen bedankt sich für die Vorlage und bemerkt, dass die Vorarbeit einer sehr komplexen und anspruchsvollen Bearbeitung bedurft habe. Sie betont, dass es notwendig sei, mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen, um die Ausbildungsgarantie gewährleisten zu können und zusätzliche Perspektiven zu schaffen.

Frau Schön wünscht sich weitere Informationen bezüglich der Ausgestaltung des Kooperationsvertrages hinsichtlich Verbindlichkeit der Partner und bittet darum, dass der in der Freien

und Hansestadt Hamburg eingeschlagene Weg hinsichtlich Datenschutz und Sanktionsfreiheit auch für Bremen geprüft wird.

Herr Fecker bittet um eine Aufklärung über die Rechtsform sowie darum, dass der staatlichen Deputation für Bildung in der anstehenden Fortsetzung der Berichterstattung explizit auch über die Ergebnisse der vorgenommenen Analyse des Übergangssystems berichtet wird.

Aus Sicht von Frau Lichtenberg bleibt weiterhin fraglich, wie abgesichert werden solle, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass die Jugendberufsagentur im Frühjahr 2015 starten solle. Sie betont, dass es keine neue Rechtsform geben werde, sondern eine kollegiale Leitungsform beabsichtigt sei. Das Übergangssystem werde verschlankt, Doppelstrukturen abgebaut. Nicht die Jugendberufsagentur selbst schaffe die Ausbildungsplätze, sondern leiste über die Verbesserung der Beratung und Berufsorientierung einen Beitrag zur Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen. Die Einbindung der Senatorin für Finanzen, der Senatskanzlei und der Datenschutzbeauftragten werde im weiteren Prozess sichergestellt und die Deputation hierüber kontinuierlich informiert.

Beschluss: (einstimmig)

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Sachstand zur Kenntnis und bittet die Ressorts, bis zum Herbst 2014 den jeweiligen Deputationen zu folgenden Punkten Konkretisierungen vorzulegen:

- a. Art und Umfang der für den Aufbau der Jugendberufsagentur als Gesamtsystem zusammenzuführenden bestehenden Ressourcen und die Anteile der einzelnen Akteure;
- b. erwartete zusätzliche Kosten durch neue Aufgabenfelder wie z. B. die systematische Ansprache und Begleitung aller jungen Menschen bis zum Alter von 25 Jahren ohne Berufsabschluss und aufsuchende Beratung;
- c. erwartete einmalige Kosten für die Umstrukturierung des schulischen Übergangssystems, Umzüge usw.;
- d. erwartete Ergebnisse und Einsparungen bezüglich folgender Maßnahmen:
 - Begrenzung der Beratungs- und Unterstützungsangebote und Maßnahmen des Übergangssystems (der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, der Agentur für Arbeit und der Jobcenter),
 - aufeinander abgestimmte Förderpolitik der Partner, die konkurrierende Angebote und Parallelförderungen vermeidet,
 - Synergien aus der Umstrukturierung des Übergangssystems insgesamt;

- e. erwartete Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitslosen unter 25 und auf den Anteil derer, die darunter ohne Berufsausbildung sind;
- f. Schätzungen der mittelfristigen Einsparungen für die Kommune der unter Punkt e erwarteten Auswirkungen;
- g. Entwurf des Kooperationsvertrages;
- h. Konzept für das künftige Ziel- und Steuerungssystem einschließlich der Kennziffern für ein gemeinsames Monitoring.

TOP 4 Verordnung zur Änderung der Außerkrafttretensregelungen in Ordnungsmitteln der Gymnasialen Oberstufe

L114/18

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf einer Verordnung zur Änderung von Außerkrafttretensregelungen in Ordnungsmitteln der Gymnasialen Oberstufe zur Kenntnis und stimmt der Änderungsverordnung zu.

TOP 5 Konzept zu Datenschutz und -sicherheit im Zusammenhang mit der Einführung von WLAN an Bremer Schulen

L115/18

Herr Güngör begrüßt die Vorlage und bittet darum, dass der staatlichen Deputation für Bildung über die Schulstandorte, an denen in Bremen und Bremerhaven bereits WLAN eingerichtet wurde, sowie über die Ausbauplanung berichtet wird.

Herr Dr. vom Bruch merkt an, dass zunächst nur Voraussetzungen für den Einsatz digitaler Medien geschaffen worden seien und bittet bis Ende des Jahres um eine Vorlage für die staatliche Deputation für Bildung zur Nutzung von digitalen Medien und von WLAN im schulischen Kontext.

Auf Nachfrage von Frau Vogt erläutert Herr Staatsrat Kück, dass die Vorlage hausintern mit dem Datenschutzbeauftragten abgestimmt worden sei.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation nimmt von dem Konzept zu Datenschutz und -sicherheit im Zusammenhang mit der Einführung von WLAN an Bremer Schulen Kenntnis.

TOP 6 Projekt „Lernen vor Ort Bremen/Bremerhaven“ | Sachstand und Ausblick zum Ende des Bundesprogramms L116/18

Die Aussprache erfolgt im Rahmen der städtischen Deputation.

Beschluss: (einstimmig)

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht des Projekts „Lernen vor Ort Bremen/Bremerhaven“ zur Kenntnis.

TOP 7 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung L117/18

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung nimmt die Änderung der Verordnung über die Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung zur Kenntnis und stimmt der Einleitung des Beteiligungsverfahrens zu.

TOP 8 Verschiedenes

Bericht: Fächerspezifisches Angebot durch die Referendarausbildung des Landesinstituts für Schule im Vergleich zu den Abgängen aus dem Schuldienst

Herr Güngör bedankt sich für die Vorlage, merkt aber an, dass er sich vorstellen könne, dass in Bezug auf Personalentwicklungsplanung noch weitere Überlegungen angestrengt werden müssten. Frau Böschen bittet um eine analoge Darstellung der Abgangsprognose für die Seestadt Bremerhaven sowie um eine ausdifferenzierte Darstellung der Abgangsprognosen im Bereich der beruflichen Bildung als Bericht an die staatliche Deputation für Bildung.

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Auswirkungen der Bewirtschaftungsmaßnahmen nach § 41 LHO auf den Produktplan Bildung

Auf Bitte von Herrn Dr. vom Bruch erläutert Herr Staatsrat Kück die für den Ressortbereich Bildung vorgesehenen Ausnahmen.

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Neue Berichtsbitten:

Frau Böschen bittet um eine Darstellung der Perspektive der Serviceagentur »Ganztäglich Lernen«.

Herr Dr. vom Bruch bittet um einen Bericht zum Umgang mit fastenden Schülerinnen und Schülern im Ramadan.

Verschiedenes:

Herr Dr. vom Bruch weist die in einem Leserbrief zur Änderung des Privatschulgesetzes gegenüber Mitgliedern der Deputation für Bildung geäußerten Unterstellungen für die gesamte staatliche Deputation zurück.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Bildung um 16.45 Uhr.